

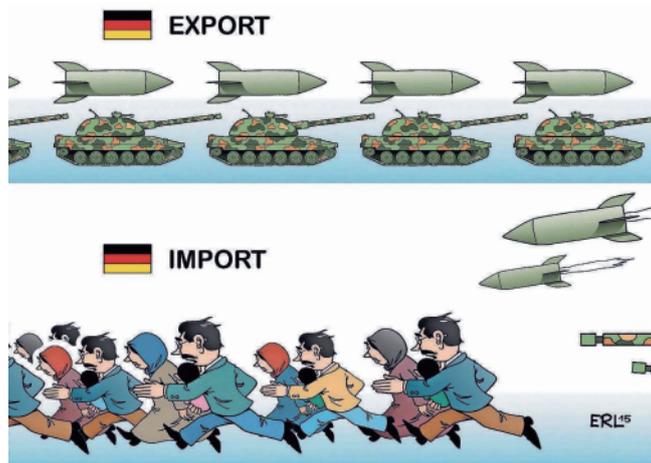


Fluchtverursacher in Stuttgart stoppen!

Flüchtlinge werden herbeigebombt und herbeigeschossen. Die Vertreibung der Menschen aus ihren Heimatländern beginnt hier, bei uns vor der Haustür. Kriege und Waffen werden exportiert, aber auch Umweltzerstörung, Ausbeutung und Hunger. In den folgenden Ausgaben wollen wir uns mit einigen Stuttgarter Fluchtverursachern befassen.

AFRICOM

Im AFRICOM, der US-Army-Kommandozone in Stuttgart Möhringen (Kelley-Barracks), werden Tötungslisten für Drohnen-Morde vorbereitet. Von hier aus werden sie nach Washington geschickt und dort vom „Friedensnobelpreisträger“ Obama absegnet. Gezielte Tötungen z.B. in Somalia wurden so vorbereitet. „Die Entscheidung, wann und wie wo hingerichtet wird, findet in Stuttgart statt.“ (John Goetz, Journalist)



Im März 2011 führte das AFRICOM den Oberbefehl über die Angriffe auf Libyen im Rahmen eines mehrphasigen Militäreinsatzes (Operation Odyssey Dawn). An diesen Militäreinsätzen hat sich die Bundesrepublik nicht direkt beteiligt, allerdings wurden die Angriffe von hier aus geduldet. Das Ziel „Regime Change“ in Libyen wurde erreicht. Libyen ist seitdem ein Land, in dem Krieg und Terror herrschen, von dem Krieg, Terror und Vertreibung ausgehen.

Kriegszentrale mit Wohlfühlfaktor

Das AFRICOM ist eine Art Stadt in der Stadt mit 1500 Beschäftigten, mit eigener Zeitung, mit Hundewaschsalon, Golfclub... 25 000 Menschen gehören zur military community. Dazu kommen Lehrkräfte und Beschäftigte einer deutschen Sicherheitsfirma. Nach Aussage von US-Präsident Obama bietet der Standort Stuttgart „Vorteile wie hohe Lebensqualität für das Personal“. OB Kuhn behauptet, er wüsste von nichts, was den Krieg betrifft. Dennoch ist davon auszugehen, dass hier nichts ohne deutsche Zustimmung passiert. Man pflegt ein entspanntes Verhältnis.

BRD selbst Kriegstreiber und Fluchtverursacher

Bundesregierung und Bundeswehr übernehmen zunehmend eigenständige Rollen. Die Bundeswehr ist eine Armee im weltweiten Einsatz. Von Mali bis Afghanistan: In 13 Ländern außerhalb der EU ist die Bundeswehr im Einsatz. Ein Großteil findet in Afrika statt. Ausbildungseinsätze der Bundeswehr in Mali werden z.B. vom AFRICOM aus koordiniert.

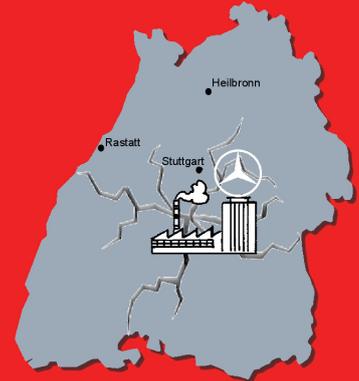
In Stuttgart Bad Cannstatt in der Theodor-Heuss-Kaserne befindet sich der Sitz des Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Der MAD darf seit 2004 auch im Ausland operieren. U.a. vom MAD bekommen die USA SIM-Karten-Nummern geliefert: Ziele für Drohnenangriffe.

Wir fordern:

Schließung der US-Kommandozone AFRICOM!
Konversion der gewonnenen Flächen und Nutzung für zivile Zwecke und sozialen Wohnungsbau!
Abschaffung des MAD!

Trügerische Ruhe im Daimler-Land

Über die Automobilproduktion, drohende Krisen und notwendige Perspektiven



DKP

Die Automobilkrise ist eine der bestprognostizierten Krisen der Industriegeschichte. Experten meinen, dass sie (global betrachtet) bereits begonnen hat. In Großbritannien und Spanien ist die Auto-Produktion seit 1999 um 20% gesunken, in Frankreich um die Hälfte, in Italien um mehr als 2/3. Die permanente Absatzsteigerung in Schwellenländern wie Russland und China ist nicht zukunftssicher. Daimler will darüber hinaus die eigene Fertigung zurückfahren und an billigere Externe fremdvergeben. 2019 läuft die Beschäftigungssicherung aus. Die Arbeitsplätze im Industrie-Ballungsraum Stuttgart mit seiner extremen Auto-Abhängigkeit sind gefährdet. Eine DKP-Analyse und Vorschläge, was zu tun ist (bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist) unter dem Titel „Trügerische Ruhe im Daimler-Land“ gibt es unter www.dkp-bw.de oder bei der DKP Kreis Stuttgart, Böblinger Str 105, 70199 Stuttgart, info@dkp-stuttgart.org.

Gegen Markt und Wettbewerb im Krankenhaus! Seite 2

Landesregierung der großen Enttäuschungen Seite 3

Rechtswidriger Polizeieinsatz am "Schwarzen Donnerstag" Seite 4

Krankenhausstrukturgesetz

Gegen Markt und Wettbewerb im Krankenhaus!



Sie haben es wieder getan: Seit 30 Jahren wird an der Reform des Gesundheitswesens herumgedoktert. Beiträge werden erhöht, Zusatzbeiträge eingeführt und Leistungen eingeschränkt, weil angeblich für die steigenden Kosten nicht genug Geld da ist.

Anfang November hat nun der Bundestag das neue Krankenhausstrukturgesetz verabschiedet. Die Regelungen dieses Gesetzes wirken sich auch auf die Stuttgarter Krankenhäuser und damit auf die Versorgung der Stuttgarter Bevölkerung aus. Neben marginalen Verbesserungen in der Finanzierung einzelner Leistungen, die die Probleme bei weitem nicht beheben, wird vor allem die Ausbeutung der Beschäftigten und die Profitorientierung des Krankenhausbetriebs verschärft.

Ziel: Profitmaximierung

Ungebremst wird der Marsch in Richtung noch mehr Markt und Wettbewerb fortgesetzt. Durch Qualitätszuschläge und -abschläge auf die Leistungspauschalen können die Kassen in Zukunft Druck auf die einzelnen Kliniken ausüben. Krankenhäuser wissen vor der Erbringung einer Leistung nicht mehr, welche Vergütung sie erwarten können. Dies macht eine solide Finanzplanung unmöglich und verschärft die Konkurrenz der Krankenhäuser untereinander.

Nachgewiesen ist, dass die Qualität in Krankenhäusern wesentlich von der Personalbesetzung abhängt: Ein Patient mehr pro Pflegekraft (von 6 auf 7 PatientInnen) erhöht die Rate der Todesfälle im Krankenhaus und bis 30 Tage nach Entlassung um 7 Prozent. (Quelle: L. H. Aiken et al: "Nurse staffing and education and hospital mortality in nine European countries", The Lancet, Mai 2014)

Ein weiterer Schritt in die völlige Vermarktlichung der Gesundheitsversorgung: Nicht mehr der Bedarf entscheidet dann über die Existenz eines Krankenhauses, sondern wirtschaftliche Erwägungen. So müssen beispielsweise Krankenhäuser, die drei Jahre hintereinander Qualitätsabzüge erhalten, geschlossen werden.

Wer hat's verbochen?

Das Krankenhausstrukturgesetz ist ein Horrorszenario und wird die Krankenhauslandschaft zutiefst verändern, wenn wir uns nicht widersetzen. Das Grundübel war die Einführung der Fallpauschalen als Preissystem und dass in Krankenhäusern Gewinne (und damit natürlich auch Verluste) zugelassen wurden, anstatt den notwendigen Bedarf und die wirtschaftlich entstandenen Kosten zu refinanzieren. Das geschah und geschieht weiter auf Betreiben der Monopole und ihrer Ökonomen und Institute. Der Bereich der Daseinsvorsorge, zu dem auch das Gesundheitswesen zählt, soll der öffentlichen Hand entrissen und dem privaten Profit (in Milliardenhöhe) überantwortet werden. Helfershelfer waren und sind Gesundheitsminister Gröhe aber auch so Experten wie Karl Lauterbach von der SPD und die Lobbyisten der Gesundheitsindustrie.

Was tun?

Widersetzen! Kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtungen. Nirgendwo. Bahn, SWSG und andere Bereiche haben uns Stuttgartern gezeigt, wohin das führt: Es wird nur noch schlechter. Die Betriebliche Interessenvertretungen der Beschäftigten (BIV) und ver.di formulieren das so: "Wenn unsere Forderungen von den Regierungsparteien nicht gehört werden, sollten wir uns überlegen, wie wir selbst etwas erreichen können. Wie wäre es mit einem Pflegestreik für eine bessere Personalbemessung, für Aufwerten und Entlasten?"

UZ UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP *Rote Fahnen sieht man besser!*

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Name _____ Vorname _____

PLZ / Ort / Straße Nr. _____

E-Mail _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484

www.unsere-zeit.de

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906 BIC: SOLADEST600

Die Landesregierung der großen Enttäuschungen

Bei der Landtagswahl 2011 gab es ein mittleres Erdbeben: Nach fast 60 Jahren CDU-Herrschaft brachten die Volksbewegungen gegen Stuttgart 21 und gegen Atomkraftwerke erstmals einen grünen Ministerpräsidenten gemeinsam mit der SPD ins Amt. Die Erwartungen der außerparlamentarischen Bewegungen waren riesig. Entsprechend riesig sind inzwischen die Enttäuschungen!

In den Kernfragen hat sich die Landesregierung von Kretschmann und Schmid/Schmiedel den herrschenden Kapitalkreisen untergeordnet und von den Interessen der Beherrschten abgewendet:

Bei Stuttgart 21 inszenierten sie die Karikatur einer Volksabstimmung, wo entscheidende Fakten z.B. über Mehrkosten oder baulich-technische Probleme der Öffentlichkeit vorenthalten blieben, während die SPD eine Lügenkampagne pro S21 zusammen mit der CDU entfalten durfte, auch mit Steuergeldern, z.B. in der regierungsoffiziellen „Informationsbroschüre“. Die herbeimanipulierte Mehrheit für S21 wurde als „Volkes-Wille“ gegen Widersprüche zum Maßstab gemacht. „Dr Käs isch gässä!“ heißt das Machtwort des grünen Landesvaters.

Bei der Atomkraft ist die Landesregierung zum Vollstrecker der Maßnahmen der Großen Koalition von Berlin geworden, schlimmer noch zum Handlanger des profitorientierten Halb-Staats-Konzerns ENBW.

Fortschrittliche Lüftchen?

Sicher gibt es das eine oder andere fortschrittliche Lüftchen in der Bilanz: einen „Nationalpark Nordschwarzwald“, ein bisschen fortschrittliche Geschlechtererziehung im Bildungsplan oder nach langem Verzögern schließlich auf Druck ein Gesprächskreis über Berufsverbote, der über unverbindliche Versprechungen noch nicht hinauskam.

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag (nach langem Widerstand auf Druck von außen eingerichtet) darf aber die Wahrheit über die Verquickung von Polizei und Geheimdiensten mit den Nazi-Strukturen nicht ans Licht bringen. Auf der Negativ-Seite ist die Bilanz erdrückend:

- 19800 LBBW-„Sozialwohnungen“ wurden an eine Heuschrecke verkauft und weiterverkauft.
- Giga-Liner des Daimler-Konzerns werden auch in Ba-Wü getestet.
- Die Kooperationsvereinbarung Kultusministerium-Bundeswehr wurde nicht gekündigt, sondern modifiziert und fortgesetzt.

- EUCOM, AFRICOM, KSK in Calw usw. werden nicht nur geduldet sondern gehätschelt.
- MP Kretschmann forciert die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge (Kosovo „sicheres Herkunftsland“).

"Die eigene Stimme nicht abgeben!"

Bei der Landtagswahl im März 2016 wäre der Einzug einer Fraktion der Linkspartei sicher ein gewisser Fortschritt, den wir auch unterstützen - aber ohne Illusionen über einen dadurch erreichbaren Politikwechsel! 5, 6 oder 7 % werden nur in dem Maße „mächtig“, wie sie vom Druck der Straße oder aus Betrieben unterstützt und getrieben werden!

Deshalb: Auch beim Ankreuzen der Linkspartei nie „seine Stimme abgeben“, sondern für die eigenen Interessen lautstark erheben! Dafür stehen wir Kommunisten vor und nach der Wahl!

„Vergessen wir niemals die Erkenntnis, dass, wer für den Frieden ist, gegen den Krieg kämpfen muss“



Aus Anlass des 70. Jahrestags der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai 2015 entstand in Stuttgart ein Personenbündnis, um Willi Bleicher als herausragenden Stuttgarter Antifaschisten, Friedenskämpfer und offensiven Gewerkschafter zu ehren.

Die DKP Baden-Württemberg unterstützt diese Initiative. Wer war Willi Bleicher? Warum schätzen wir ihn hoch - auch als Genossen und Kollegen?

Mit der überarbeiteten Neuausgabe der Broschüre, die die DKP Heidenheim 2007 zum 100. Geburtstag Willi Bleichers veröffentlichte, wollen wir erinnern an seinen aufrechten und konsequenten Gang als Vorbild der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Die Broschüre ist erhältlich über DKP Baden-Württemberg, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart oder info@dkp-bw.de

Willi Bleicher (1907 – 1981)

durch die Benennung eines repräsentativen Gebäudes in Stuttgart und durch Aufnahme in die Ehrenbürgerliste ehren!



Impressum

Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Rechtswidriger Polizeieinsatz am „Schwarzen Donnerstag“

DKP zum Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Das Verwaltungsgericht hat - nach fünf Jahren - entschieden: Der Polizeieinsatz gegen S-21-Gegner am 30.9.2010 war rechtswidrig. Dieses Urteil ist eine Klatsche für die Polizei und eine Ermunterung für den ausdauernden Widerstand gegen das zerstörerische Projekt S21.



Die Protestaktion wurde vom Gericht als eine durch das Grundgesetz geschützte Versammlung (keine „unfriedliche Blockade“) angesehen, die nicht aufgelöst wurde. Anders wäre es also gewesen, wenn die Versammlung aufgelöst worden wäre. Diese Begründung ist angesichts der aktuellen Bestrebungen zum Abbau demokratischer Rechte bis hin zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren nicht wirklich beruhigend. Man kann sich ausmalen, was auf uns zukommt, wenn Gauck und all die anderen durchkommen mit ihrer Kriegsrhetorik. Vor dem Hintergrund der abscheulichen Anschläge von Paris wird gegen Flüchtlinge gehetzt, werden Ängste geschürt. Die Anschläge werden dazu missbraucht, jetzt die Weichen zu stellen für einen Ausbau der staatlichen Repressionsorgane und für eine Vernetzung der Geheimdienste.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart sollte uns also nicht zu der Illusion verleiten, dass die Herrschenden in unserem Land jetzt einsichtig geworden wären und sich in Zukunft schützend vor die demokratischen Rechte des Grundgesetzes stellen werden. Es war allerdings wohl zu offensichtlich und nicht mehr zu verbergen - auch nach-

dem ein polizeiinternes Video an die Öffentlichkeit gebracht wurde -, dass die Polizeiführung (wohl unter direkter Einflussnahme der Mappus-Landesregierung) hier rechtswidrig gehandelt hat.

Dieses Urteil ist auch ein Armutszeugnis für die Landesregierung aus Grünen und SPD, die auch durch den Widerstand gegen S21 gewählt wurde.

Die Bilanz nach fast fünf Jahren fällt mehr als dürrig aus: Null Transparenz, null Aufklärung, sondern weiter machen wie bisher.

An der Repression gegen S-21-Gegner, Antifaschisten und Antimilitaristen wird sich nach diesem Urteil also nichts ändern. Gerichtsurteile werden die Verhältnisse in unserem Land nicht in fortschrittlicher Richtung zum Tanzen bringen. Das geht nur mit großen und machtvollen außerparlamentarischen Aktionen auf der Straße und v.a. in den Betrieben. Dabei darf es den Herrschenden nicht gelingen, uns zu spalten in gewalttätige und friedliche Demonstranten, Deutsche, Ausländer oder Flüchtlinge. **Zusammenstehen gegen S21, gegen Rassismus und Kriegshetze, für Mindestlohn und bezahlbaren Wohnraum!**



Freitag, 18.12. 19 Uhr Veranstaltung

AktivistInnen, die im September nach Athen gereist sind, berichten von ihren Eindrücken, Diskussionen und Erfahrungen. Sie haben über mehrere Wochen an Demonstrationen teilgenommen und mit VertreterInnen verschiedener Organisationen gesprochen.

Samstag, 19.12. 20 Uhr Soli-Abend

Griechisches Essen zugunsten der Gewerkschaftsfront PAME und griechische Live-Musik im Saal.

im Linken Zentrum Lilo Herrmann
Böblinger Str. 105 Stuttgart-Heslach



Die griechische Finanzkrise führte in den letzten Jahren zu einer massiven Verelendung der griechischen Bevölkerung. Der Januarwahlsieg von SYRIZA in Griechenland, der für Aufregung sorgte und Teile der deutschen Linken zu einem Freuden- und Hoffungstaumel veranlasste, hat daran rein gar nichts geändert – im Gegenteil. Im September 2015 haben wir uns in einer Delegation von gut zwanzig jungen GenossInnen auf nach Athen gemacht, um zu erkunden, wie sich griechische SchülerInnen, Auszubildende und Studierende im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung organisieren. Wir haben AktivistInnen der kämpferischen Gewerkschaftsfront PAME getroffen, Erfahrungen mit der Studierendenfront ausgetauscht und mit der Kommunistischen Jugend und Partei Griechenlands diskutiert und demonstriert. Bei der Veranstaltung wollen wir euch Ausschnitte der Reise zugänglich machen und mit euch darüber diskutieren, was von den Klassenkämpfen in Griechenland und der Strategie der griechischen GenossInnen zu lernen ist.



Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. 08.12.2015 und Di. 19.01.2016, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI, Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 08.12.2015 und Di. 12.01.2016, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

Di. 15.12.2015 und Di. 19.01.2016., 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)